

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 69 (1990)  
**Heft:** 5-6

**Artikel:** Ein neuer Anlauf : Bauern/Konsumenten-Initiative  
**Autor:** Kaufmann, Michael  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-340844>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Ein neuer Anlauf: Bauern/ Konsumenten- Initiative

**Michael Kaufmann ist diplomierte Ingenieur Agronom ETH Zürich. Er gehört zu den ausgewiesenen Landwirtschafts- und Bodenrechtsexperten der SPS und ist hauptberuflich Sekretär der SP des Kantons und der Stadt Bern.**

Von Michael Kaufmann

In der Agrarfrage hat sich die Sozialdemokratie lange schwer getan. Als Ende des letzten Jahrhunderts die Bauernschaft, trotz vorheriger teilweiser Anlehnung an die Politik der Arbeitervereine, die Klassenfrage ganz klar mit dem Übergang ins bürgerlich-kapitalistische Lager beantwortet hatte, war sozialdemokratische Agrarpolitik vor allem von Konsumenteninteressen geprägt gewesen. Es ging in erster Linie um die günstige Versorgung mit Lebensmitteln. Dabei war die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vom Verteilungskampf um die knappen Lebensmittel geprägt gewesen und kulminierte, nach einem Versorgungsengpass, mit dem Landesstreik nach dem Ersten Weltkrieg. Nach dem Zweiten Weltkrieg trug die Sozialdemokratie die Entwicklung für eine Rationalisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft mit, sah darin die historisch berechtigte Chance, die kostengünstige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu gewährleisten. Die sozialdemokratische Agrarpolitik dieser Zeit verlangte nach der Modernisierung der Landwirtschaft und möglichst billige Lebensmittel.

Damit blieb der klassische Kampf zwischen Agrar- und Arbeiterblock erhalten und feierte in den alljährlichen Runden um die Agrarpreise seine ideologische Erneuerung.

**Neue Tendenzen nach 1970**

Mit dem neuen Bewusstsein um die Kehrseite der Wachstumsmedaille beginnt innerhalb der Sozialdemokratie ein agrarpolitisches Umdenken. Mit den Umweltproblemen, aber auch mit dem plötzlichen Auftreten innerbäuerlicher Opposition (Union des producteurs suisses mit Streikaktionen in der Westschweiz, bäuerliche Komitees in der Deutschschweiz) beginnt ein Bewusstwerden, das zunächst von der vagen Einsicht geprägt ist, man dürfe die Landwirtschaft nicht einfach den anderen überlassen.

Typisch für diese neue aktive Rolle ist die Unterstützung des oppositionsbäuerlichen Referendums gegen den Milchwirtschaftsbeschluss durch die SPS im Jahre 1978. Der SPS-Parteivorstand beschloss damals die Nein-Parole mehr in einer politischen Ahnung, denn aus genauer Kenntnis der Milchwirtschaftspolitik. In einer politischen Ahnung allerdings, die bereits ein Licht voraus warf auf die Notwendigkeit einer neuen SPS-Agrarpolitik. Typisch war damals die politische SPS-Position auf Seite der oppositionellen Bauern und die noch schablonenhafte Argumentation der SPS-Exponenten.

Trotzdem: Die Argumente für eine Neuausrichtung der SPS-Agrarpolitik fanden sich und verdichteten

sich in der Folge vor allem aufgrund der umweltpolitischen Debatte. Anfangs der achtziger Jahre wurden erste Vorarbeiten für ein eigenes Agrarprogramm in der SPS-Landwirtschaftskommission geleistet. Damit waren auch die Grundlagen für die Unterstützung der Futtermittelinitiative (1982) vorhanden. Diese Initiative wurde von der SPS-Fraktion im Parlament gegen die Bauernlobby unterstützt. Sie wurde von den Initianten (Milchverbände) dann zurückgezogen. Aktiviert wurde die SP-Mitarbeit auch bei der Revision des Artikels 19 des Landwirtschaftsgesetzes. Vertreterinnen und Vertreter der SPS wurden auch immer aktiver für die direkten Belange der Klein- und Bergbauern sowie für umweltgerechte und biologische Landbaumethoden.

### Ökonomie und Ökologie

Seither gehen in der SP-Agrarpolitik Ökologie und Ökonomie Hand in Hand. Hauptüberlegung ist die Tatsache, dass die bisherige Einkommenspolitik mit festen Preisen und Abnahmegarantien die Einkommensunterschiede in der Landwirtschaft laufend verschärft und die Maximalproduktion und Umweltbelastung nur noch anheizt. Die Einsicht ist gewachsen, dass diese eindimensionale Ökonomie nichts anderes ist, als eine Vernichtungsmaschinerie von Bauern, Subventionsgeldern und den letzten intakten Kulturlandschaften.

Deshalb der neue Ansatz, der nichts anderes zum Inhalt hat, als die Ausrichtung der Ökonomie auf ökologische Kriterien. Konkret bedeutet dies eine Differenzierung der Einkommenspolitik zugunsten umweltgerechter Produktionsweisen und zugunsten der jeweils lokal günstigsten Agrarstruktur. Das hält auch das SPS-Agrarprogramm von 1984 fest. So kam es auch im Parlament

zu den SP-Vorstössen für Direktzahlungen (Motion Schmid 1978), für Preisdifferenzierungen (Motion Bäumlin 1981), zu diversen Vorstössen für den biologischen Landbau, für die Neuausrichtung der Investitionskredite nach ökologischen Kriterien, für die stärkere Gewichtung der betriebseigenen Futterfläche (Art. 19 Landwirtschaftsgesetz und Milchwirtschaftsbeschluss 1987), für differenzierte Milchrückbehalte usw.

### Unterstützung der Kleinbauern

Endgültig aus dem agrarpolitischen Schatten trat die SPS im Zusammenhang mit der Volksabstimmung über die Kleinbauerninitiative im Juni 1989. Nach eingehender und sachlicher Debatte stimmte eine grosse Mehrheit des SPS-Parteivorstandes für diese Initiative. Nicht mehr das rein politische Kalkül und die Taktik bestimmten diesen SPS-Entscheid, sondern eine neu ausgerichtete Sachpolitik auch in der Landwirtschaftsfrage.

Exponentinnen und Exponenten der Partei stellten sich erstmals und mit grosser Beachtung im Abstimmungskampf engagiert auf die Seite der Kleinbauern. Durch die Verbindung der Umweltorganisationen und der SPS mit den Kleinbauern kam es beinahe zu einer politischen Mehrheit: denn mit 49 Prozent Ja-Stimmen verfehlte die Kleinbauerninitiative nur knapp das Ziel, und fast die Hälfte der Abstimmenden machte deutlich, dass es in der eidgenössischen Landwirtschaftspolitik so nicht mehr weitergehen darf.

### Ein neuer Anlauf

Die Funktionäre des Schweizerischen Bauernverbandes machten nach der Abstimmung lange Gesich-

ter. Beinahe wäre die langjährige Einheitsideologie des Bauernverbandes gescheitert, beinahe hätte der langjährige Pakt zwischen Bauern und Kapital einen gewaltigen Schlag erhalten und gar seinen Sinn verloren.

Die neuen Macher in der Brugger Verbandszentrale reagierten sofort und hemdsärmelig. Schnell, schnell stellten die Verbandspolitiker eine eigene Landwirtschaftsinitiative auf die Beine, um möglichen Forderungen nach Abdankung der Ewiggestrigen das Wasser zum vornherein abzugraben.

Die Initiative des Bauernverbandes verlangt unverbindlich eine gewisse Neuausrichtung gemäss ökologischen Kriterien. Im Ansatz postuliert sie mehr direkte Einkommenszahlungen, ohne jedoch von den geltenden Preis- und Abnahmegarantien abzuweichen. So bleibt sie auf den bisherigen politischen Standpunkten bestehen und spiegelt ungefähr die offizielle Haltung, die im Frühjahr 1990 auch durch eine Expertenkommission für die Direktzahlungen (Kommission Popp 1990) zum Ausdruck gekommen ist. Insofern rennt die Initiative des Bauernverbandes offene Türen ein. Sie zeigt jedoch auch die Schwächung und Verunsicherung des bisher so mächtigen Verbandes auf, denn entweder kann der seit hundert Jahren so erfolgreiche Lobbyverband im Parlament und in der Verwaltung seine Interessen nicht mehr durchsetzen und muss zu den Volksrechten greifen, oder aber er hat eine gehörige PR-Spritze nötig, um das angeschlagene Vertrauen beim Volk wieder zu gewinnen.

Dieser Verbandsinitiative steht jetzt die Bauern/Konsumenten-Initiative gegenüber. Im Gegensatz zum Brugger Elaborat macht diese Initiative ernst mit einer neuen Agrarpolitik und bringt konkrete neue Instrumente einer differenzierten und umweltrelevanten bäuerlichen Ein-

kommenspolitik: Steuerung über Preise, direkte Ausgleichszahlungen, Abgeltung besonderer ökologischer Leistungen sowie eine ganze Reihe direkt wirksamer Massnahmen der Umweltpolitik; z.B. Regelungen und Verbote für Bio- und Gentechnologie, Lenkungsabgaben für Düngemittel und Chemikalien, Deklarationsvorschriften.

Die SPS ist an der Vorbereitung und Lancierung dieser Initiative aktiv mitbeteiligt.

### Internationales Umfeld

Typisch für die Agrardiskussion – auch innerhalb der SPS – ist der Einbezug des internationalen Umfeldes. Bisher war die schweizerische Agrarpolitik – gerade wegen und trotz der hohen Agrarimporte! – vom Denken im schönen Schweizer Gärtchen geprägt. Immer noch reden die Agrarbosse vom «Sonderfall Schweiz», um dann diesen aber in internationalen Verhandlungsrunden (Gatt, Uruguay) auf dem Altar des freien und uneingeschränkten Welthandels wenigstens verbal zu opfern.

Es gibt den «Sonderfall Schweiz» – und es gibt ihn nicht. Denn was hierzulande an Strukturwandel abläuft, was bei uns Umweltprobleme aufgibt, gibt es in den umliegenden Ländern genauso; möglicherweise nur krasser und deutlicher, quantitativ ausgeprägter.

Interessant sind jedoch die neuen Tendenzen in der internationalen Agrardiskussion. Qualitätsfragen sind sehr wichtig geworden; sogar in Brüssel (EG) spricht man vom biologischen Landbau, und in Deutschland und in Frankreich ist es möglich geworden, direkte Ausgleichszahlungen der EG mit landeseigenen Mitteln aufzustocken. Es ist international einiges im Gange, was in der Schweiz nicht einfach mit

einer defensiven Haltung auf dem bisherigen Standpunkt beantwortet werden darf.

Hier geht die Bauern/Konsumenten-Initiative voran. Sie schafft endlich klare Deklarationsvorschriften nach Qualität (innere Qualität!) und nach Herkunft, sie schützt die inländische Produktion durch Grenzabgaben für qualitativ schlechtere Importe, und sie schafft vor allen die überholten Importprivilegien ab, indem sie die Kontingentwirtschaft zugunsten der Übernahmepflicht inländischer Produkte (Leistungssystem) aufhebt.

### Neue Mehrheiten – neues Bewusstsein

Die SPS ist nur eine von vielen Organisationen, die diese Initiative mitträgt. Mit dabei sind Kleinbauern, Biobauern, Umweltorganisationen, Konsumentenorganisationen und politische Parteien links der Mitte. Damit hat die Initiative eine Doppelfunktion.

Gegen innen bietet sie die Möglichkeit, die Landwirtschaftsfrage aus linker Sicht zu vertiefen und ins Parlament einzubringen. Diese Bewusstseinsarbeit ist ausserordentlich wichtig, denn – obschon neue Ansätze in der Konsumentenpolitik vorhanden sind und die Menschen umdenken – es braucht nach wie vor Aufklärung und Information. Die Initiative ist dazu ein Mittel, allerdings nicht das einzige. Die SPS müsste sich in dieser Hinsicht Überlegungen machen und Anstrengungen unternehmen.

Die Initiative ist aber auch im Rahmen des breit zustande gekommenen Bündnisses eine Plattform für eine neue politische Strömung, die in diesem Land mehrheitsfähig werden kann. Sie muss mehrheitsfähig werden, denn nur so wird es möglich sein, im 21. Jahrhundert eine Landwirtschaft im Interesse der wirkli-

chen Bauern, der Umwelt, der Konsumenten und Konsumentinnen aufzubauen.

Aus sozialdemokratischer Sicht schliesst sich der Kreis, der sich vor über hundert Jahren geöffnet hat. Die Agrarfrage kann wieder neu gestellt werden, weil auch neue Konstellationen möglich geworden sind. Die «Klassenfrage» von damals ist anders zu beantworten, auch wenn sie als Klassenfrage in der klassischen Form deutlich überholt ist. Zum Glück ist sie überholt, denn wir sind ein Jahrhundert weitergekommen, die Gesellschaft hat sich verändert.

### Für die Bauern und Bäuerinnen

Ein garantiertes Arbeitseinkommen auf leistungsfähigen, bodenbewirtschaftenden, umwelt- und tierfreundlichen Betrieben.

Der Druck zu übermässiger Intensivierung der Produktion entfällt. Besonders umwelt- und tierfreundliche Produktionsmethoden werden zusätzlich gefördert.

Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und nachhaltige Produktionsbereitschaft, auch für die Ernährung unserer Nachkommen.

Gleichlange Spiesse für die Inlandproduktion gegenüber Importen, die unsere gesetzlichen Anforderungen im Umwelt- und Tierschutz nicht erfüllen.

Unterlagen zur Initiative:  
Broschüre, Initiativtext,  
Unterschriftenbogen  
sind erhältlich bei der

**Landwirtschaftsinitiative,  
Postfach 749, 8037 Zürich**

### Für Tiere, Natur und Umwelt

Artgerechte Nutztierhaltung auf dem Bauernhof statt in der Tierfabrik: Förderung speziell tierfreundlicher Haltungsformen.

Erhaltung und Förderung einer intakten Landschaft mit schonend bewirtschaftetem Kulturland und genügend natürlichen Ausgleichsflächen (Feucht- und Trockenstandorte, Hecken), als Lebensraum einer biologischen Artenvielfalt.

Gesündere Seen und Flüsse dank weniger Gülle aus Tierfabriken und weniger Kunstdüngereinsatz in überintensivem Pflanzenbau.

### Für die Konsumentinnen und Konsumenten

Frische, schmackhafte und gesunde Lebensmittel von naturnah und tierfreundlich produzierenden Bauernhöfen.

Weniger Nitrat im Trinkwasser dank weniger Umweltbelastung durch chemische Hilfsmittel und intensive Produktion.

Klare und vollständige Deklaration von Produktionsmethode, Qualitätsmerkmalen und Herkunftsland – zusätzlich zu den heutigen Angaben.

Schutz vor den Gefahren und Nachteilen neuer Technologien: natürliche Milch von gesunden statt

gedopten Kühen (Somatotropin), sonnengereifte Früchte und Gemüse statt bodenunabhängig gezogene Hors-Sol-Produktion!

Keine Steuergelder für nutzlose Überproduktion: Garantie, dass Steuergelder nicht mehr einfach mit der Giesskanne an Grossbauern, Umweltsünder und Tierfabrikbesitzer verteilt werden.

### Die wichtigsten Instrumente der Initiative

1. Bäuerliche Einkommensbildung mit mehr (und differenzierbaren) direkten Zahlungen, verbunden mit minimalen Anforderungen für eine umwelt- und tiergerechte Produktion.

2. Beiträge für besondere ökologische Leistungen (biologischer Landbau, besondere Produktionsmethoden, extensive Bewirtschaftung, Pflegemassnahmen im Naturschutz usw.)

3. Ausgewogene Nährstoffbilanz durch Vorschriften über die Intensität der Tierproduktion und Besteuerung von Düngern und Pflanzenschutzmitteln.

4. Vorschriften und Restriktionen für umwelt- und gesundheitsgefährdende Hilfsstoffe, Verfahren und Technologien.

5. Klare Deklaration der inländischen und importierten Agrarprodukte sowie qualitätsbezogene Abgaben beim Import von Nahrungsmitteln.

### So ist die Initiative entstanden

Die Bauern/Konsumenten-Initiative hat eine über vierjährige Geschichte. Mitte der achtziger Jahre bildete sich – unter Beteiligung von SP-Leuten – die breit abgestützte Arbeitsgruppe Neue Agrarpolitik (NAP). Umwelt-, Kleinbauern- und Konsumentenkreise suchten nach einer gemeinsamen agrarpolitischen Plattform. Die NAP-Gruppe kam unter dem Druck der politischen Tagesaktualität (Zuckerreferendum 1988, Kleinbauerninitiative 1989) zum Schluss, eine Volksinitiative zu lancieren. Deshalb kam es sehr rasch zur Ausarbeitung erster Initiativentwürfe in vielerlei Fassungen. Diese wurden in den drei vergangenen Jahren intensiv diskutiert, abgeändert, neu geschrieben, von Wissenschaftlern und Staatsrechtlern überprüft.

Gleichzeitig laborierte auch der Landesring an einem Initiativtext herum, mit teilweise denselben Zielsetzungen.

Zwar kam der Schweizerische Bauernverband sofort nach der Abstimmung über die Kleinbau-

erninitiative (Juni 1989) mit seiner eigenen Initiative den NAP-Leuten zuvor. Der LdU wollte sofort nachziehen und sein eigenes Projekt lancieren. Fast sah es Ende 1989 so aus, als ob jene Gruppe, die am längsten und fundiertesten Grundsätze festgelegt hatte, im übereilten Wettlauf um die Landwirtschaftsinitiative unter die Räder komme.

Ein SPS-Vermittlungsversuch im November 1989 brachte jedoch den Erfolg. LdU und NAP fanden sich zusammen, und das Projekt wurde als Alternative zum Bauernverband gemeinsam und breit abgestützt weiterverfolgt.

Das Resultat lässt sich jetzt sehen. Es liegt kein schnell zusammengeschustertes Flickwerk vor, sondern ein ausgereifter, fassbarer und konkreter Verfassungsartikel. Die Geduld hat sich gelohnt: Die politische Linke, Grüne sowie die Umwelt- und Kleinbauernorganisationen haben es geschafft, eine gehaltvolle Alternative gegenüber der offiziellen Agrarpolitik aufzubauen!